



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Die Verantwortung für die Open Source-Umstellung liegt bei der Landesregierung“ (Drucksache 20/3611)

Digitale Souveränität sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Digitale Souveränität ist eine zentrale Voraussetzung für die politische und administrative Handlungsfähigkeit des Landes. Der Verlust der Kontrolle über öffentliche IT-Systeme bedeutet zugleich einen Verlust an staatlicher Autonomie und nationaler Sicherheit. Die Nutzung proprietärer Software schafft technologische und wirtschaftliche Abhängigkeiten, erhöht Sicherheitsrisiken und führt zu monopolistischer Preisgestaltung.

Offene Software ermöglicht Unabhängigkeit, Transparenz und Sicherheit. Sie fördert Wettbewerb, Innovationskraft und stärkt die regionale Wirtschaft.

Schleswig-Holstein hat bereits wichtige Schritte zum Erreichen digitaler Souveränität unternommen und übernimmt damit eine Vorreiterrolle.

Migrationen sind trotz umfassender Vorplanungen immer mit auch unerwarteten Herausforderungen verbunden, die es zu lösen gilt. Die dafür notwendigen Maßnahmen wurden ergriffen und befinden sich in kontinuierlicher Abarbeitung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die Open Innovation und Open Source Strategie und die darin beschriebenen Schritte konsequent weiter umzusetzen. Dazu gehört auch die klare Verankerung, künftige IT Anschaffungen als Open Source Lösung zu kaufen oder zu entwickeln, sie systematisch zu veröffentlichen und damit den Wissenstransfer aktiv zu fördern

2. die Mitarbeitenden bei der Migration umfassend zu unterstützen:

- u.a. durch umfassende Schulungs- und Supportangebote,
- Belastungen für Beschäftigte frühzeitig zu erkennen und zu minimieren
- den Austausch mit allen Betroffenen, Ressorts wie Mitarbeitenden weiter aktiv zu suchen, um dort Herausforderungen bei der Migration zu identifizieren und den direkten Dialog mit diesen fortzuführen. Insbesondere die zuständigen Personalräte sind zu einem Dialog über eine gelungene Umstellung einzuladen. Der Landtag bittet die Landesregierung, über die Ergebnisse dieser Dialoge in den dafür zuständigen Ausschüssen zu berichten.

3. die neu eingesetzten Lösungen kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Begründung:

Digitale Souveränität ist kein technisches Detail, sondern eine Frage staatlicher Handlungsfähigkeit. Offene Software schafft die Grundlage für Kontrolle, Anpassungsfähigkeit und Sicherheit der öffentlichen IT-Systeme. Schleswig-Holstein hat mit mutigen Schritten eine internationale Vorreiterrolle übernommen.

Die Umstellung auf offene Lösungen bedeutet zugleich eine Stärkung der Innovationskraft, ökonomischen Resilienz und regionalen Wertschöpfung. Sie leistet außerdem einen praktischen Beitrag zu den UN-Nachhaltigkeitszielen und zur globalen digitalen Unabhängigkeit.

Der Umstieg der gesamten Landesverwaltung auf Open Source ist gleichzeitig ein herausfordernder Prozess und erfordert eine umfassende Umstrukturierung der Arbeitsweisen von vielen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Landesverwaltung. Dabei können Fehler entstehen. Gerade deshalb ist wichtig, die Umstellung so eng wie möglich mit Beratung, Fortbildungsangeboten und zeitlichem Puffer zu gewährleisten.

Uta Wentzel
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion